

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur

Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung

Band: - (2018)

Heft: 4

Artikel: Seit 50 Jahren im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit : Graubünden und das Jahrestreffen des World Economic Forums WEF in Davos

Autor: Rathgeb, Christian

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-813640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschichte

Seit 50 Jahren im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit

Graubünden und das Jahrestreffen des World Economic Forums WEF in Davos¹

Christian Rathgeb

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und Voraussetzung einer funktionierenden Gesellschaft. Neue Bedrohungsformen bilden seit einigen Jahren für alle demokratischen Staaten eine grosse Herausforderung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. Seit 1971 ist der Kanton Graubünden Gastgeber des Jahrestreffens des World Economic Forums (WEF) in Davos. Dieses Jahrestreffen ist der bedeutendste jährlich wiederkehrende Anlass der Schweiz von weltweiter Ausstrahlung. Gemeinsam mit anderen Kantonen, der Armee und weiteren Partnern hat Graubünden seit den 80er Jahren einen Sicherheitsverbund aufgebaut, der den jeweils aktuellen Bedrohungsformen Rechnung trägt. Die vorliegende Betrachtung der Entwicklung dieses Sicherheitsverbunds erfolgt im Hinblick auf die 50. Durchführung des Jahrestreffens in Davos im Januar 2020.³

Diejenigen, die grundlegende Freiheiten aufgeben würden, um vorübergehend ein wenig Sicherheit zu gewinnen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit und werden beides verlieren.

Benjamin Franklin
(1706–1790)²

Es war der 11. September 2001, der die westliche Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte. Wohl jede(r) weiss noch, was sie oder er gerade gemacht hat, als uns die Hiobsbotschaft aus New York erreichte: Zwei Passagiermaschinen rasten im Abstand von 15 Minuten in die Zwillingtürme des World Trade Centers. Ein weiteres gekapertes Flugzeug stürzte auf das Pentagon, ein viertes verfehlte nur durch das beherzte Eingreifen von Passagieren das Weisse Haus. Über 3'000 Menschen fanden den Tod. Kein Unfall, keine Naturkatastrophe liessen die Twin Towers einstürzen, sondern es waren Selbstmordattentäter, die Passagierflugzeuge als menschliche Bomben benutzten, um mit einer unfassbaren Brutalität den Kampf gegen die Ideale der westlichen Welt zu eröffnen.

Mit «9/11», wie der Anschlag seither in aller Welt genannt wird, begann eine Art der terroristischen Gewalt, die bis heute mit unerbittlicher Härte weitergeführt wird und die Welt und damit auch Graubünden und Davos verändert hat.

Verlorenes Sicherheitsgefühl

Die Fernsehbilder, wie das eine der beiden Passagierflugzeuge in den Südturm raste, waren weltweit ebenso live zu verfolgen, wie der anschliessende Zusammensturz der beiden Twin Towers, die das Finanzzentrum der USA symbolisiert hatten. Während die Bevölkerung von diesen Bildern, vom Ausmass der Katastrophe, dem Chaos und unfassbaren Leid noch völlig irritiert war, ereignete sich wenige Tage später in der Schweiz ein Attentat, das es in dieser Form ebenfalls noch nie gegeben hatte. Am 27. September 2001 stürmte Friedrich Leibacher während einer Kantonsratssitzung das Zuger Regierungsgebäude und tötete in weniger als drei Minuten 14 Menschen. Beide Ereignisse erschütterten das Sicherheitsgefühl der Menschen zutiefst. Auch wenn sie nichts miteinander zu tun hatten, so offenbarten sie doch eindrücklich die Verwundbarkeit der modernen Gesellschaften. Das verlorene Sicherheitsgefühl war weltweit das Gesprächsthema auf den Strassen, in der Politik, bei den Sicherheitskräften und in den Medien.

Terror als Ziel

Während das Attentat in Zug von einem Einzeltäter verübt wurde, haben die Selbstmordattentate von New York und Washington eine andere Dimension der Kriegsführung eingeläutet, nämlich den Terror mit modernen Mitteln. Die mehr oder weniger gut organisierten Terroristen sind meist Teil der Gesellschaft, planen ihre Taten im Schatten der Öffentlichkeit, um dann ihre (Selbstmord-)Attentate gegen Menschen mit einer anderen Weltanschauung zu richten. Dieser Terror, der zu einer grossen Verunsicherung in der Bevölkerung führen soll, kann alle und soll möglichst viele treffen, vor allem aber Zivilisten, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Sozialstatus und ihrer Religion.

Neue Bedrohungen auch für Graubünden und Davos als internationaler Kongressstandort

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben zwar nicht den Übergang von der klassischen zur neuen Kriegsführung hervorgerufen, aber sie sind Teil einer Entwicklung, in deren Verlauf die klare Trennlinie zwischen Krieg und Frieden zunehmend verwischt scheint. Mit dem Fall der Berliner Mauer (1989) wurde der Kalte Krieg zwischen Ost und West gewaltlos und ohne erkennbare Sieger beendet. Gleichzeitig ging damit auch das Zeitalter einer bipolaren Welt zu Ende, das durch klar definierte Machtmopole gekennzeichnet war. Stattdessen kam mit den Terroranschlägen eine neue Variante der asymmetrischen Kriegsführung zum Tragen.⁴ Mit Cyberangriffen und der wachsenden Gefahr von Anschlägen, die etwa durch Drohnen realisiert werden können, haben sich die Bedrohungsszenarien grundlegend verändert. All dies führte in Graubünden, vor allem in Davos als internationalem Kongressstandort, zu neuen Herausforderungen für die Sicherheitsverantwortlichen und die Sicherheitsbehörden gegenüber der Zeit vor «9/11».

Keine «heile Welt» mehr in Graubünden

In direkter Folge zu den Ereignissen von «9/11» und Zug wurden in sämtlichen Kantonen die Sicherheitsdispositive des öffentlichen Lebens überprüft und Massnahmen ergriffen. Unter dem Titel «Keine heile Welt mehr» schrieb der damalige Chefredaktor Christian Buxhofer einen Tag nach dem Zuger Attentat pointiert: «Auch wenn das Ausmass der Ereignisse nicht vergleichbar ist: Am gestrigen 27. September 2001 ist die Schweiz genauso im tiefsten Innern getroffen worden wie Amerika am 11. September. Das Ratsgebäude in Zug ist innert schrecklicher Sekunden zum Manhattan der Schweiz geworden.»⁵ Seither sichern während der Sessionen des Grossen Rates auch in Graubünden Polizisten das Gebäude. Zugangskontrollen finden allerorten statt: Ohne Badge, Ausweis oder persönliche Begleitung sind sensiblere Bereiche generell nicht mehr zugänglich. Seit Jahren werden auch etwa für das Churer Fest mit verschiedenen Massnahmen Vorkehrungen gegen Anschläge getroffen. Dazu zählen Betonklötze, die es Terroristen verunmöglichen, mit LKWs in Menschenmassen zu rasen, wie dies in Nizza im Juli und in Berlin im Dezember 2016 geschehen ist. Derartige Vorkehrungen sind Standard und in der

öffentlichen Wahrnehmung eine Selbstverständlichkeit geworden. Dasselbe gilt seit den Anschlägen in Paris im Januar und November 2015 für den umfassenden Ausbau des Sicherheitsverbunds für die Gewährleistung der Sicherheit am WEF, das jährlich im Januar für mehrere Tage die Spitzen der Staatengemeinschaft und der globalen Wirtschaft zuhinterst im Landwassertal versammelt.

Der «Deutsche Herbst» und die Auswirkungen auf das Jahrestreffen des WEF in Davos

Auch in Europa hatte es bereits vor den oben genannten Ereignissen Attentate gegeben, allerdings zielgerichtete auf einzelne Personen. So verübte die Rote Armee Fraktion (RAF) in Deutschland Ende der 1970er Jahre zahlreiche Attentate auf Politiker sowie Vertreter der Wirtschaft und versuchte, mit spektakulären Entführungen oder Brandanschlägen eine Veränderung der politischen Verhältnisse zu erzwingen.⁶ Anfang September 1977 entführten RAF-Mitglieder den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Die Geschehnisse während der 44 Tage andauernden Geiselnahme Schleyers, die mit dessen Ermordung endete, wurden als «Deutscher Herbst» zur grössten innenpolitischen Herausforderung in der Geschichte der alten Bundesrepublik. Die Ermordung Schleyers hatte auch direkte Auswirkungen auf das WEF in Davos, welches damals noch Europäisches Management Symposium (EMS) hiess, denn Schleyer war einer der



In den ersten Jahren wurde die Sicherheit des Forums durch einen Polizisten der Landschaft Davos gewährleistet. Dieses Foto aus dem Jahre 1976 zeigt den Polizeigefreiten Kurt Siegenthaler mit Hund Nico. Das «E» auf dem Wegweiser im Hintergrund steht für «European Management Forum», die frühere Bezeichnung des World Economic Forum (von 1971 bis 1986). (Foto: Kurt Siegenthaler)



1979: Links der Gefreite der Landschaftspolizei mit Hund Droll. Der Hund durfte neben dem Heizkörper sitzen, damit er nicht so kalt hatte. Rechts ein Bündner Kantonspolizist mit Maschinenpistole. Das Sicherheitsdispositiv bestand mehr oder weniger in einer Eingangskontrolle. (Foto: Kurt Siegenthaler)

Hauptredner des Forums. Hatte in den ersten Jahren des EMS der Dorfpolizist mit Hund für die Sicherheit der Teilnehmer der noch idyllischen Zusammenkunft in Davos gesorgt, patrouillierten ab 1978 erstmals Kantonspolizisten mit Maschinenpistolen vor den Eingängen des Davoser Kongresszentrums.⁷ Mit dem World Economic Forum war Graubünden 1971 Teil der globalisierten Welt geworden. Aufgrund der hochkarätigen internationalen Gästeschar sowie der zahlreichen völkerrechtlich geschützten Personen konnte dieser Anlass nach dem RAF-Terror nicht länger ohne spürbaren Ausbau des Sicherheitsdispositivs durchgeführt werden. Als für die innere Sicherheit zuständig stand der Kanton Graubünden in der Pflicht, unter Führung der Kantonspolizei das Sicherheitsdispositiv an die neue Lage anzupassen.⁸

Ausbau des Sicherheitsdispositivs

Bis 1988 gewährleistete die Kantonspolizei Graubünden die Sicherheit am WEF ohne Unterstützung weiterer Polizeikräfte.⁹ Doch das Sicherheitsdispositiv musste in den folgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Ab 1989 wurden deshalb regelmässig Kräfte aus dem Ostschweizer Polizeikonkordat (Ostpol) beigezogen. Dazu zählten unter anderem die Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen, die Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein sowie die Stadtpolizei Chur. Rund zehn Jahre nach dem



Ein Polizist sichert 2017 vom Dach eines Hotels den Bereich rund um das Kongresszentrum in Davos. (Foto: Kantonspolizei Graubünden)

Mauerfall von Berlin und dem vorläufigen Ende des Kalten Krieges gerieten das Forum wie auch der G8-Gipfel, die Weltbank, die WTO und der IWF Ende der 1990er Jahre immer stärker in die Kritik von Globalisierungsgegnern; deren Meinung nach verstärken Kapitalismus und Globalisierung die Armut und zerstören die Umwelt. Auch die fehlende Unabhängigkeit der stärksten Wirtschaftsvertreter der Welt, die ja den eigentlichen «Spirit of Davos» ausmachen sollten, wurde kritisiert. So wurde Davos ab 1999 zunehmend zum Schauplatz von Demonstrationen gegen das Jahrestreffen. Die Kantonspolizei Graubünden holte sich deshalb Verstärkung durch die Kantons- und Stadtpolizei Zürich; ab dem Jahr 2000 standen auch Kräfte aus dem Nordwestschweizer (PKNW) und dem Zentralschweizer Konkordat (ZSPK) zur Verfügung. Ein Jahr später (2001) wurden zusätzlich die Kräfte aus allen schweizerischen Kantonspolizeikörpern und den grossen Städten Zürich, Bern und St. Gallen in einem interkantonalen Polizeieinsatz (IKAPOL) aufgeboden.¹⁰

Armee im Assistenzdienst

Nach zahlreichen Demonstrationen im Ausland (z.B. gegen den G8-Gipfel in Genua) und in der Schweiz, den Blockaden in Landquart, der Beschädigung von Einrichtungen der Telekommunikation in Malans und Tiefencastel sowie verschiedenen Strassenblockaden auf der A3 und A13 wurde am Jahrestreffen 2001 deutlich, dass die schweizerischen Polizeikörper die Sicherheit eines grossen

Kongresses ohne zusätzliche Unterstützung nicht mehr gewährleisten konnten. Bereits ein Jahr vor der Qualifizierung des WEF als «aussergewöhnlicher Anlass von nationaler Bedeutung»¹¹ gab der Bundesrat grünes Licht für die Unterstützung durch Einheiten der Armee. Haupttätigkeit war sodann die Bewachung kritischer Infrastrukturen und die logistische Unterstützung im Auftrag der Kantonspolizei Graubünden.

Jahrestreffen des WEF 2002 in New York

Die Anschläge in den USA am 11. September 2001 hatten konkrete Auswirkungen auf das WEF-Jahrestreffen im Folgejahr 2002, denn der Austragungsort wurde kurzerhand von Davos nach New York verlegt. Die Organisatoren wollten damit ein Zeichen der Solidarität gegen den Terror setzen und ein ebenso deutliches Bekenntnis für die Werte der westlichen Welt abgeben. Das Annual Meeting 2002 in New York blieb bis heute in der bald 50-jährigen Geschichte des WEF das einzige, das ausserhalb von Davos durchgeführt wurde.



Nach den Terroranschlägen von «9/11» fand im Jahre 2002 das WEF aus Solidarität zu den USA einmalig in New York statt. (Foto: WEF)

Heftige Globalisierungskritik

Mit den politischen Veränderungen im globalen Kontext änderte sich auch die Bedrohungslage und damit die Aufgabe der Gewährleistung der Sicherheit für das WEF in Davos. Um die Jahrtausendwende bis in die Jahre 2005/2006 waren es die Demonstrationen mit einem hohen Anteil an verummten, teils äusserst gewaltbereiten Chaoten aus dem In- und Ausland, welche die Sicherheitskräfte beschäftigten. Das «Viehgatter» von Fideris (2003), der «Kessel von Landquart» (2004) und die Demonstrationen in Chur (2004/2005) stellten die traurigen Höhepunkte der Auseinandersetzungen zwischen dem «Schwarzen Block» und den Sicherheitskräften dar. Aufgrund des massiven Sicherheitsaufgebots in Davos und an den Zufahrten verlagerten sich die Demonstrationen aber in die grossen Städte der Schweiz. Inzwischen haben diese stark an Zulauf verloren und bilden kaum mehr ernsthafte Sicherheitsprobleme. Mit der Lancierung des «Open Forums» (ab 2003) reagierten Prof. Klaus Schwab und das WEF auf die Demonstrationen und boten besonders den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und namhaften Globalisierungskritikern eine Plattform, um sich mit den WEF-Teilnehmerinnen



Hunderte Demonstranten kamen im Jahr 2000 nach Davos, um gegen das WEF-Jahrestreffen zu demonstrieren. Darunter befanden sich auch zahlreiche Vermummte, welche unter anderem die Davoser McDonalds-Filiale verwüsteten und auf der Promenade grosse Sachbeschädigungen anrichteten. (Foto: Thomas Kienzle)



«Viehgatter von Fideris», 2003. (Foto: Peter de Jong, Südostschweiz)



«Kessel von Landquart», 2004. (Foto: Peter de Jong, Südostschweiz)



Im Jahre 2004 kam es an der WEF-Demonstration in Chur zu verschiedenen Ausschreitungen durch gewaltbereite Chaoten. Die Sicherheitskräfte konnten mit ihrer Präsenz Schlimmeres verhindern. (Foto: Sebastian Kirsch)



Der Davoser Landammann Hans Peter Michel verfolgte eine Politik der Öffnung gegenüber friedlichen Demonstrationen – angetan mit einer Markierungsweste, die ihm die Demonstranten geschenkt hatten, führte er ihren Zug durch die Strassen von Davos, 2008. (Foto: z.Vfg.)



Auf dem Davoser Bubenbrunnenplatz hat die Action/2015 – eine Koalition von über 1000 Organisationen weltweit – während des WEF 193 Schneemänner aufgestellt. Jede der rund einen Meter hohen Figuren trägt denn auch eine Landesflagge als Halstuch. Es sei ein friedlicher Aufruf an die Entscheidungsträger, aktiv zu werden gegen Armut und Klimaveränderung. (Foto: Sebastian Kirsch)

und -teilnehmern im friedlichen Dialog auszutauschen. Die Stiftung «In the Spirit of Davos», die 2003 vom Bund, dem Kanton Graubünden, der Gemeinde Davos und dem WEF gegründet wurde, hat ebenfalls zur Deeskalation beigetragen. Die Stiftung bezweckte auf ausschliesslich gemeinnütziger Basis die Förderung eines offenen und konstruktiven Dialogs über globale Themen. Nach Erfüllung des Stiftungszwecks wurde die Stiftung am 9. August 2006 wieder aufgelöst. Der inzwischen überschaubare Widerstand gegen das WEF und die bessere Koordination unter den beteiligten Behörden und Sicherheitskräften sowie der Aus- und Umbau des Dispositivs auch durch die Härtung einzelner Objekte sorgten dafür, dass der Aufwand für einige Jahre bis etwa ins Jahr 2014 etwas verringert werden konnte.

Entwicklung der polizeilichen Zusammenarbeit

Im Zusammenhang mit den merklich erhöhten Sicherheitsanforderungen leistete die Kantonspolizei Graubünden in der Schweiz eine Pionieraufgabe bei der Erarbeitung entsprechender Führungs- und Einsatzunterlagen und der Einsatztaktik zum Schutz internationaler Kongresse. Auch mit dem jährlichen Einsatz aller Polizeikorps der Kantone (IKAPOL) und dem subsidiären Einsatz der Armee im Assistenzdienst beschrift die Bündner Kantonspolizei neue Kooperationswege. Schliesslich liegt bis heute die Gesamtverantwortung für den Einsatz der Sicherheitskräfte der WEF-Jahrestreffen beim Kommandanten der Kantonspolizei Graubünden und politisch beim WEF-Ausschuss der Bündner Regierung, mithin in zivilen Händen.

Neuland für die Armee

Seit dem Jahre 2000 unterstützt auch die Armee im Rahmen eines subsidiären Sicherungseinsatzes die Kantonspolizei Graubünden.¹² Als Gesamteinsatzleiter ist der Kommandant der Kantonspolizei Graubünden grundsätzlich auch verantwortlich für den Einsatz der Armee. Der Antrag der Bündner Regierung führte ab dem Jahr 2004 von Teilen der Armee in der Operation ALPA ECO zum Einsatz im Assistenzdienst. Der Einsatz von maximal 6'500 Angehörigen der Armee (AdA) für die Jahrestreffen des WEF 2004–2006, respektive ab dem WEF 2007 von maximal 5'000 AdA, wurde vom Bundesparlament ab dem WEF 2005 je-

weils für drei Jahre bewilligt. Auch für die Armee bedeutete dieser Einsatz damals Neuland. Das Zusammenspiel zwischen Heer, Luftwaffe, Führungsunterstützung und Logistik in einem zivilen Kontext stellte eine grosse Herausforderung für die Führungskräfte dar. Die Armeeangehörigen wurden auf ihren WEF-Einsatz bereits in der Ausbildung vorbereitet. Zudem hatte der Anlass Einfluss auf die neuen, ab 1. Januar 2004 gültigen Führungsreglemente der Armee XXI.¹³ Der jährlich wiederkehrende Armeeinsatz entwickelte sich im Sicherheitsverbund mit den zivilen Kräften zu einem komplexen Echteinsatz in Friedenszeiten. Der friktionslosen effizienten Zusammenarbeit der Partner des Sicherheitsverbunds kommt für den Kanton Graubünden wegen des WEF, jedoch auch wegen der immer wieder stattfindenden grossen Naturereignisse, eine zentrale Bedeutung zu.¹⁴

Radikalisierte Einzelkämpfer

Die terroristische Bedrohung, Cyberangriffe und die Gefahr von Drohnen rückten ab 2015 zunehmend ins Zentrum. Anschläge mit geringem logistischem Aufwand, ausgeführt von Einzeltätern oder Kleingruppen, sind für die Schweiz die wahrscheinlichste Bedrohung. Als Täter kommen hauptsächlich in der Schweiz radikalisierte Personen oder Rückkehrer aus Dschihadgebieten in Frage. Wie die Anschläge in Paris im November 2015 gezeigt haben, ist auch die Infiltration von Dschihadisten in den Migrationsbewegungen real. Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung erfasst der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) seit 2001 die Anzahl der dschihadistisch motivierten Reisenden aus der Schweiz. Wie der NDB in seinem aktuellen Bericht (2018) festhält, bleibt die terroristische Bedrohung in der Schweiz angesichts der Angriffe, die in der jüngsten Vergangenheit in Europa stattgefunden haben, erhöht.¹⁵ Auch wenn sich die Anzahl der gewaltbereiten Globalisierungsgegner deutlich verringert hat, heisst das weder, dass es keine neuen Bedrohungsszenarien gab, noch dass die Gewaltbereitschaft eliminiert ist. Die Eskalationen am G20-Gipfel in Hamburg (Juni 2017) haben gezeigt, dass es äusserst fahrlässig wäre, die Aktivitäten der extrem gewaltbereiten Chaoten zu unterschätzen. Entsprechende Dispositionen sind daher erforderlich.

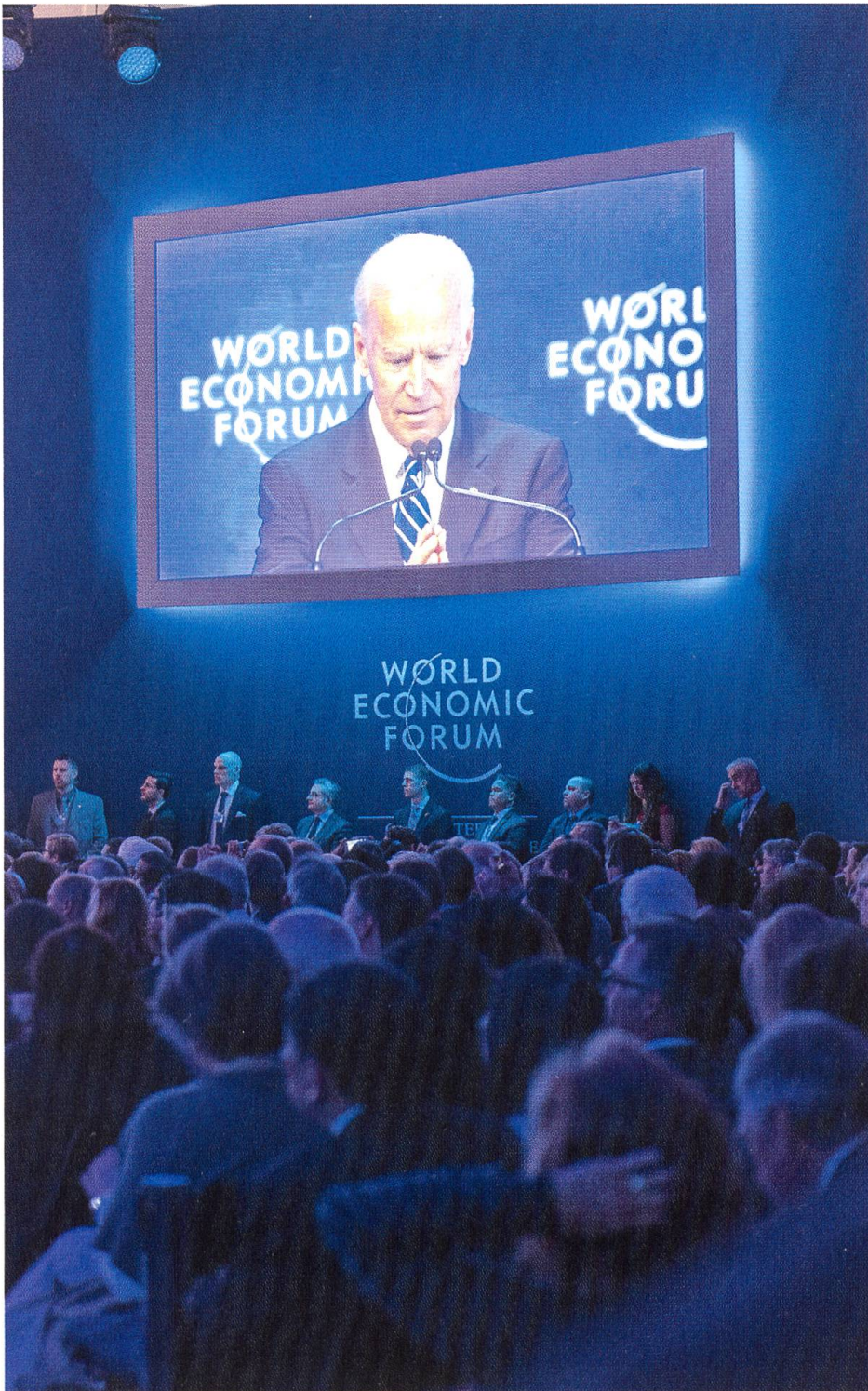
Das revidierte Bündner Polizeigesetz schafft ab 1. Januar 2019 neue Grundlagen

Auf politischer Ebene wurde in westlichen Staaten versucht, die Balance zwischen einerseits der Wahrung von individuellen Bürgerrechten und Freiheiten (wie dem Persönlichkeitsschutz, der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit) und andererseits den staatlichen Sicherheitsmassnahmen (wie etwa einer Telefon- und anderen Überwachungen, Bewegungseinschränkungen, u.a.) im Lot zu halten.¹⁶ Auch die Bündner Politik hat ihre diesbezüglichen Aufgaben gemacht. So wurde am 30. August 2018 das Bündner Polizeigesetz im Grossen Rat teilrevidiert.¹⁷ Der Grosse Rat räumte dabei der Regierung etwa umfassende Kompetenzen bei der verdeckten präventiven Überwachung ein. Zudem wurden Grundlagen für den polizeilichen Einsatz von Drohnen und die einsatzbezogene Bild- und Tonüberwachung geschaffen. Die auch im interkantonalen Vergleich weitgehenden Kompetenzen sollen es der Kantonspolizei ermöglichen, die Gewährleistung der Sicherheit für Bevölkerung und Gäste in verändertem Umfeld optimal wahrnehmen zu können.

Weitsicht und Aufgabenerfüllung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Sicherheitslage seit «9/11» in jeder Hinsicht verändert hat. Völlig neue Bedrohungsformen, Terroranschläge, Cyberattacken und die Gefahr durch Drohnen haben die Sicherheitskräfte am WEF und weltweit vor neue Herausforderungen gestellt. Freiheit und Sicherheit bilden ein komplexes Spannungsverhältnis. Beide bedingen und bedrohen sich gegenseitig. Dabei liegt die Herausforderung für demokratische Staaten darin, besonnen und dennoch angemessen auf neue oder veränderte Bedrohungslagen zu reagieren. Die Schweiz und der Kanton Graubünden haben sich diesen Herausforderungen gestellt, und dies gerade im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit von völkerrechtlich geschützten Personen am Jahrestreffen des WEF in Davos. Davos ist selbst während der Durchführung des WEF, entgegen allen anderslautenden Unkenrufen, keine Festung, sondern offen und Symbol für den «Spirit of Davos» geblieben. Nicht zufällig gilt die Schweiz in internationalen Rankings als eines der sichersten Länder der Welt. Insofern trifft das eingangs erwähnte Zitat von Benjamin Franklin auf die Sicherheitspolitik im Kanton Graubünden be-

stens zu. Hier wurden nicht leichtfertig «grundlegende Freiheiten» zugunsten von «ein wenig mehr Sicherheit» aufgegeben. Die massvolle und souveräne Umsetzung geeigneter Sicherheitsmassnahmen muss auch in Zukunft Ziel unserer Politik sein, die sich weder von gewaltbereiten Chaoten noch von Terroristen ihre Freiheiten und ihre Gastfreundschaft nehmen lassen darf.



Anlässlich des WEF 2016 sprach der damalige US-amerikanische Vizepräsident Joe Biden den Verantwortungsträgern, Managern und Bankern mit einer sehr persönlichen Rede ins Gewissen: Der Zerfall des Mittelstands sei nicht nur eine Bedrohung für die Weltwirtschaft, sondern auch für die weltweite Sicherheit. Menschen reagieren mit Furcht und Wut auf den Verlust des Arbeitsplatzes, was ein Nährboden für Extremismus sei. Dies berge schliesslich die Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten Gesellschaftssystems. (Foto: Sebastian Kirsch)

WEF-Ausschuss der Bündner Regierung

Um die sicherheitsrelevanten Aspekte, die finanziellen Fragen, die politische Verankerung sowie die Festlegung klarer Zuständigkeiten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene zu koordinieren, hat die Bündner Regierung im Februar 2001 einen WEF-Ausschuss gebildet. Den Vorsitz dieses Ausschusses hat der jeweilige Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales (DVS), was die volkswirtschaftliche Bedeutung des Jahrestreffens symbolisieren soll. Weiter gehört dem WEF-Ausschuss der Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) an. Stehen Fragen grösserer finanzieller Tragweite zur Diskussion, wird der WEF-Ausschuss durch den Finanzdirektor ergänzt.

Dieser Ausschuss behandelt sämtliche Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Jahrestreffens des World Economic Forums anfallen, arbeitet diese auf und spricht sie mit den jeweiligen Partnern ab, um notwendige Entscheide zu treffen sowie Grundsatzentscheide für die Gesamtregierung vorzubereiten. Weiter ist der WEF-Ausschuss Anlaufstelle für Medianauskünfte und für die Informationsvermittlung. In seiner gesamten Tätigkeit wird der WEF-Ausschuss seit 2001 von einer eigens dafür geschaffenen Stabsstelle unterstützt. Erster Stabsstellenleiter bis 2012 war der heutige Kommandant der Kantonspolizei Graubünden, Walter Schlegel. Sein Nachfolger ist André Kraske.¹⁸

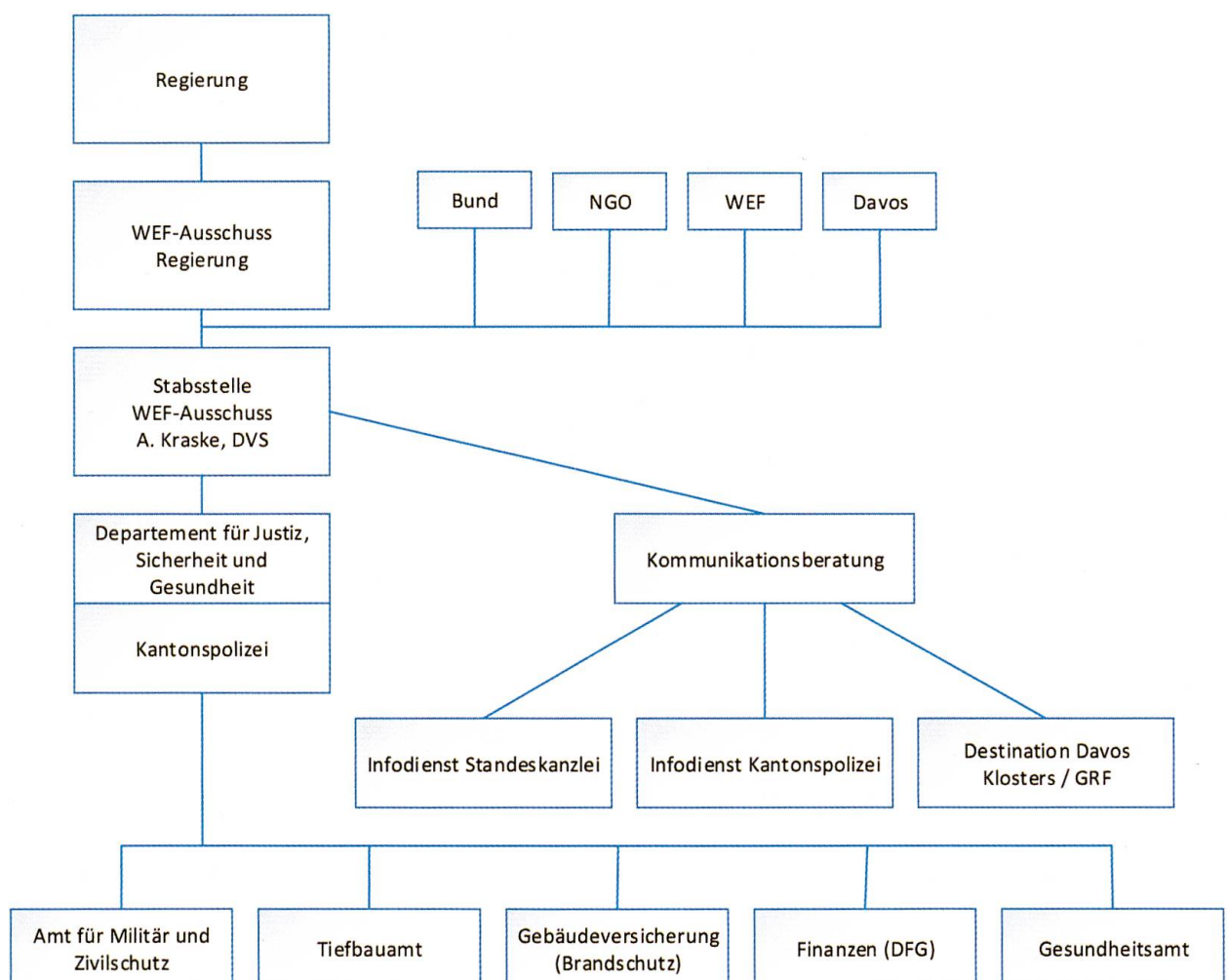
Die Bedeutung des Jahrestreffens des WEF für Davos, Graubünden und die Schweiz

Für die Schweiz bietet das WEF bis heute eine ideale Plattform, um der Welt zu zeigen, dass unser Land in der Lage ist, bedeutende Konferenzen in einem friedlichen Umfeld und mit einer reibungslosen Organisation durchzuführen. Zudem kann die Schweiz ihre Rolle als demokratisches Land mit einem grossen humanitären Erbe unterstreichen. Aber auch für den Bundesrat selbst bietet das WEF beste Voraussetzungen, um sich mit anderen Staatsoberhäuptern, Regierungsvertretern oder Wirtschaftsführern zu treffen. Oftmals konnten an informellen Gesprächen wichtige Weichen in politischen und wirtschaftlichen Fragen gestellt werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des WEF für die Schweiz und für Graubünden bzw. die Gemeinde Davos wird in einer aktuellen Studie (2017) der Universität St. Gallen nachgewiesen.¹⁹ Demnach beträgt der jährliche Umsatz in Davos selbst rund 60 Millionen Franken (Schweiz insgesamt: 94 Millionen Franken). Hinzu kommen die zahlreichen Investitionen, die in Davos selbst jedes Jahr getätigt werden, um optimale Rahmenbedingungen für das Jahrestreffen zu schaffen. Schliesslich berichten rund 500 akkreditierte (und viele weitere) Medienvertreter aus der ganzen Welt nicht nur über die Jahrestreffen innerhalb des Kongresszentrums, sondern auch über Davos. Diese weltweite Medienpräsenz hat einen unschätzbaren Werbeeffekt für den Tourismus in der Schweiz, für Graubünden und Davos.

Illustration zu S. 382 oben

Projektorganisation WEF der Bündner Regierung



Anmerkungen

1 Ich danke Sebastian Kirsch, Kommunikationsberater WEF-Ausschuss der Bündner Regierung und André Kraske, Leiter Stabstelle WEF-Ausschuss, für die Unterstützung bei der Abfassung des vorliegenden Aufsatzes. Ebenso danke ich Walter Schlegel, Kommandant der Kantonspolizei Graubünden und Alois Zwinggi, Direktor WEF, für die wertvollen Anregungen. Meine Assistentin Sonja Weibel hat in verdankenswerter Weise die administrativen Belange von Text und Bildern besorgt.

2 Benjamin Franklin, *Pennsylvania Assembly: Reply to the Governor*, Printed in Votes and Proceedings of the House of Representatives, 1755–1756 (Philadelphia, 1756), S. 19–21 [11. November 1755].

3 Vgl. zum Ganzen: Christian Rathgeb, *Das WEF und der moderne Sicherheitsverbund der Schweiz*, Informationsschrift in Deutsch und Englisch, hrsg. vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit Graubünden, Chur 2017.

4 Vgl. Hans Krech, *Der Untergang der DDR als Katalysator für das globale Ende des Kalten Krieges* in: *Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Band 19, 2005.

5 Bündner Tagblatt vom 28.09.2001, Seite 2 f.

6 Vgl. Website der Bundeszentrale für politische Bildung zur Roten Armee Fraktion (RAF): <http://www.bpb.de/ge-schichte/deutsche-geschichte/ge-schichte-der-raf>.

7 Vgl. Markus Reinhardt, *Stücke Bündner Polizeigeschichte 1998–2009*, Chur 2009.

8 Vgl. Markus Reinhardt, *Das World Economic Forum in Davos aus polizeilicher Sicht und der subsidiäre Sicherheitseinsatz der Armee*, in: *175 Jahre Offiziers-Gesellschaft*, Chur 2009, S. 67 ff.

9 Vgl. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 6/2001–2002, S. 311 ff., Bericht Peter Arbenz über die zukünftige Entwicklung und Durchführung des World Economic Forums (WEF) in Davos.

10 Bundesratsbeschluss vom 28. Juni 2000.

11 Botschaft des Bundesrates zum WEF-Einsatz 2004, Bundesblatt 2003, S. 7415 ff.

12 Vgl. Markus Reinhardt, *Das World Economic Forum in Davos aus polizeilicher Sicht* (wie Anm. 8), S. 67, Fn. 8.

13 Vgl. Christian Rathgeb, *Der Wert der Leistungen der Armee für einen internationalen Kongress am Beispiel des WEF in Davos*, in: *Sicherheit – die Schweiz in einer unsicheren Welt*, Festschrift für KKdt André Blattmann, Bern 2017, S. 109 ff.

14 Vgl. Leitbild Militär des Kantons Graubünden, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, Chur 2018, S. 18.

15 *Sicherheit Schweiz 2018*, Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes NDB, Bern 2018, S. 31 ff.

16 Vgl. Christopher Daase, *Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm*, in: Daase/Offermann/Rauer (Hg.), *Sicherheitskultur, soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*, Frankfurt/Main 2012, S. 23 ff.

17 Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Heft Nr. 2/2018–2019, S. 41 ff.; Protokoll des Grossen Rates, August 2018, 1/2018–2019, S. 96 ff., 145 ff., und 159 ff.

18 Vgl. www.wef.gr.ch.

19 Vgl. Simone Strauf/Daniel Zwicker-Schwarm, *Zusammenfassung der Studie «Die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Annual Meetings 2017 für Davos»*, St. Gallen 2017.